

„Straubinger Resolution“ fordert neues Steuerrecht

Wirtschaftsverbände für Senkung der Steuersätze

Straubing. (Eig. Ber.)

Ein „grundlegend neues Steuerrecht“ fordern mehrere Wirtschaftsverbände und Interessenvertretungen in einer am Freitag in Straubing verabschiedeten „Straubinger Resolution“. In ihr werden die politischen Entscheidungsträger aufgerufen, „umgehend“ eine echte Steuerreform in Angriff zu nehmen und noch in dieser Legislaturperiode „gesetzliche Tatsachen“ zu schaffen. Dabei sei ein „Verzicht auf Lenkungs- und Subventionsmaßnahmen“ sowie eine „Senkung der Steuersätze“ erforderlich. In die Entscheidungsprozesse zur Schaffung eines verständlicheren und gerechteren Steuerrechts seien Fachleute „nachhaltig einzubinden“. Die Resolution, deren Unterzeichner sich selbst als „Bürgerkoalition der Vernunft“ bezeichnen, wird unter anderem vom Landesverband der steuerberatenden und wirtschaftsprüfenden Berufe

in Bayern, dem Bayerischen Industrieverband Steine und Erden, der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, dem Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband, dem Landesverband des Bayerischen Einzelhandels und der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft unterstützt. Weitere Unterzeichner sind die Mittelstandsunion der CSU sowie der Wirtschaftsbeirat der Union.

Als Gastredner der Tagung forderte der frühere Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof ebenfalls einen umfassenden Umbau des bisherigen Steuersystems. Er warb um Unterstützung für sein Steuermodell, das unter anderem eine radikale Senkung der Steuer-



Warb für sein Steuermodell: Professor Dr. Paul Kirchhof. (Foto: Willi Gerstbrein)

sätze vorsieht. Kirchhof plädiert für ein Steuersystem mit einem Eingangssteuersatz von 15 und einem Höchststeuersatz von 25 Prozent. Jeder Bürger soll über einen Grundfreibetrag von 10 000 Euro verfügen. Im Gegenzug will Kirchhof sämtliche Sonderregelungen und steuerliche Subventionen streichen. Unterschiede in der Besteuerung von juristischen und natürlichen Personen soll es künftig nicht mehr geben, stattdessen plädiert Kirchhof für eine „gleichmäßige Besteuerung“ aller Steuerpflichtigen. Außerdem sprach sich Kirchhof für eine deutliche Anhebung des Kinderfreibetrags aus.

(Siehe dazu Berichte auf Seite 7 und im Innenteil.)